



Begründung zur 1. Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes

Die Begründung zum rechtsverbindlichen Bebauungsplan „In den Auen“ in Baiersbronn-Schwarzenberg, mit seinen planungs- und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen, wird wie folgt ergänzt:

1. Allgemeines

a) Der Bebauungsplan „In den Auen - 1. Änderung“ umfasst die Grundstücke der Gemarkung Schwarzenberg Flst.-Nr. 42/10, 42/11 und 42/23.

b) Aufgrund einer Anfrage eines Grundstückseigentümers zur Änderung des Bebauungsplanes „In den Auen“ in Baiersbronn-Schwarzenberg beschloss der Ortschaftsrat Schwarzenberg bereits am 27.01.2003, einer Änderung des Bebauungsplanes zuzustimmen.

Nachdem der Verwaltung bekannt war, dass auch andere Grundstückseigentümer in diesem Bereich eine Änderung des Bebauungsplanes wünschen, wurden diese durch die Gemeinde angeschrieben und um Mitteilung gebeten, ob Sie ebenfalls an einer Änderung des Bebauungsplanes „In den Auen“ interessiert und grundsätzlich bereit sind, die anfallenden Planungskosten zu übernehmen.

Nach mehreren Gesprächen und nachdem der eigentlich erste Antragsteller zur Änderung des Bebauungsplanes schriftlich mitgeteilt hat, dass er zum jetzigen Zeitpunkt an einer Änderung des Bebauungsplanes nicht mehr interessiert sei, wurde mit den Eigentümern der Grundstücke Flst.-Nr. 42/10 und 42/23 der Gemarkung Schwarzenberg ein entsprechender Vertrag über das Tragen der Kosten für die Änderung des Bebauungsplanes „In den Auen“ am 07.09.2004 abgeschlossen.

c) Durch die Änderung der Festsetzungen des Bebauungsplanes von Gewerbegebiet (bisher nur Sägewerk zulässig) in Mischgebiet soll den Grundstückseigentümern eine bessere Vermarktungsmöglichkeit geschaffen werden.

2. Kosten für die Gemeinde

Durch diese Bebauungsplanänderung entstehen für die Gemeinde Baiersbronn keine Planungskosten. Alle bebauungsplanrelevante Kosten werden von den Grundstückseigentümern übernommen.

3. Bodenordnende Maßnahmen

Bodenordnende Maßnahmen sind nicht erforderlich.

4. Zeitliche Vorgaben

Das Plangebiet kann schon seit Jahren, nach Fertigstellung der Erschließungsanlagen, bebaut werden. Ziel ist es, dass nach Rechtskraft dieser Bebauungsplanänderung die betroffenen Grundstückseigentümer unmittelbar mit der Vermarktung ihrer Grundstücke beginnen können.

Begründung zur 1. Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes

5. Ausgleichsmaßnahmen

Die Festsetzungen der Bebauungsplanänderung bewirken keine wesentlichen Änderungen des bestehenden Baurechts, so dass dadurch keine Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten sind (siehe Umweltbericht).

Bearbeitet:

Stuttgart, den 26.04.2005 / 13.09.2005
Köf/rdm

Kommunalentwicklung LEG

ppa. Gerhard Stöckle

Frank Kössler

Aufgestellt und ausgefertigt:

Gemeinde Baiersbronn

Bürgermeisteramt

Baiersbronn, den 23.08.2006

Norbert Beck, Bürgermeister



Fertigungen

1. bis 8. Fertigung